



Der Small Business Act (SBA) ist eine zentrale Politikinitiative der Europäischen Union (EU) für Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU), die aus 10 Grundsätzen (this is what the DE version calls it) besteht. Diese Grundsätze sind die maßgeblichen Richtlinien für die Konzeption und Durchführung der Maßnahmen auf EU- wie auf Mitgliedstaatenebene. Sie stehen daher im Mittelpunkt der in den Fact Sheets enthaltenen Analysen. Der erste Abschnitt der Fact sheets schildert kurz die Bedeutung der KMU für die jeweilige Volkswirtschaft. Die zweiten und dritten Abschnitte der Fact Sheets beruhen auf einer statistischen Analyse, die die Ergebnisse des jeweiligen Landes mit dem EU-Durchschnitt vergleichen und zwar gegliedert nach den 10 SBA-Bereichen. Abschnitt 4 ist ein Überblick über die wichtigsten Politikmaßnahmen im Betrachtungszeitraum wiederum gegliedert nach den SBA-Grundsätzen. Abschnitt 5 schließlich porträtiert eine beispielhafte Maßnahme aus der Praxis. Die fact sheets erleichtern die Übersicht über den Stand der Umsetzung der einzelnen SBA-Maßnahmen in den Mitgliedsländern. Wir weisen darauf hin, dass SBA-Factsheets keine eigenständigen Instrumente sind. Sie stellen keine umfassende Beurteilung der Politik der Mitgliedstaaten dar und sind als Ergänzung und nicht als Ersatz für erhältliche Publikationen in den einzelnen Ländern zu sehen. **Bitte lesen sie zusammen mit den SBA-Factsheet auch die methodischen Begleitdokumente. Informationen über einzelne Mitgliedsländer sowie über aggregierte EU-Ergebnisse finden sich unter:**

[http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/facts-figures-analysis/performance-review/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/facts-figures-analysis/performance-review/index_en.htm)

## 1. KMU in Deutschland – Basisdaten

KMU in Deutschland: Basisdaten, nicht-finanzielle Wirtschaftsunternehmen, Schätzungen 2008

	Unternehmen			Beschäftigung			Wertschöpfung		
	Deutschland		EU-27	Deutschland		EU-27	Deutschland		EU-27
	Zahl	Anteil	Anteil	Zahl	Anteil	Anteil	Billion €	Anteil	Anteil
Kleinst-	1 520 873	83,1%	91,8%	4 288 700	19,3%	29,7%	192	15,5%	21,0%
Kleine	257 525	14,1%	6,9%	4 843 235	21,8%	20,7%	222	18,0%	18,9%
Mittlere	42 777	2,3%	1,1%	4 288 582	19,3%	17,0%	239	19,3%	18,0%
<b>KMU</b>	<b>1 821 175</b>	<b>99,5%</b>	<b>99,8%</b>	<b>13 420 517</b>	<b>60,5%</b>	<b>67,4%</b>	<b>653</b>	<b>52,8%</b>	<b>57,9%</b>
Große	8 840	0,5%	0,2%	8 762 628	39,5%	32,6%	584	47,2%	42,1%
<b>Gesamt</b>	<b>1 830 015</b>	<b>100,0%</b>	<b>100,0%</b>	<b>22 183 145</b>	<b>100,0%</b>	<b>100,0%</b>	<b>1 237</b>	<b>100,0%</b>	<b>100,0%</b>

Daten bezogen auf nicht-finanzielle Wirtschaftsunternehmen (NACE C-I, K).

Schätzwerte von EIM Business and Policy Research, auf Grundlage von Eurostat, Strukturelle Unternehmensstatistik, 2006.

Der KMU<sup>1</sup>-Sektor in Deutschland<sup>2</sup> ist durch eine überdurchschnittliche Unternehmensgröße gekennzeichnet. Im Hinblick auf die Unternehmenszahl ist sowohl der Prozentsatz von kleinen als auch der von mittleren Unternehmen annähernd doppelt so hoch wie der europäische Durchschnitt.

Der volkswirtschaftliche Beitrag deutscher KMU ist im Vergleich zu großen Firmen – in EU-Bezügen – niedriger. Das erklärt sich aus der vergleichsweise niedrigeren Wertschöpfung

von Kleinstunternehmen, während mittlere Unternehmen im Vergleich zum Durchschnitt der EU-27 einen etwas höheren Beitrag zur Wirtschaft in Deutschland leisten.

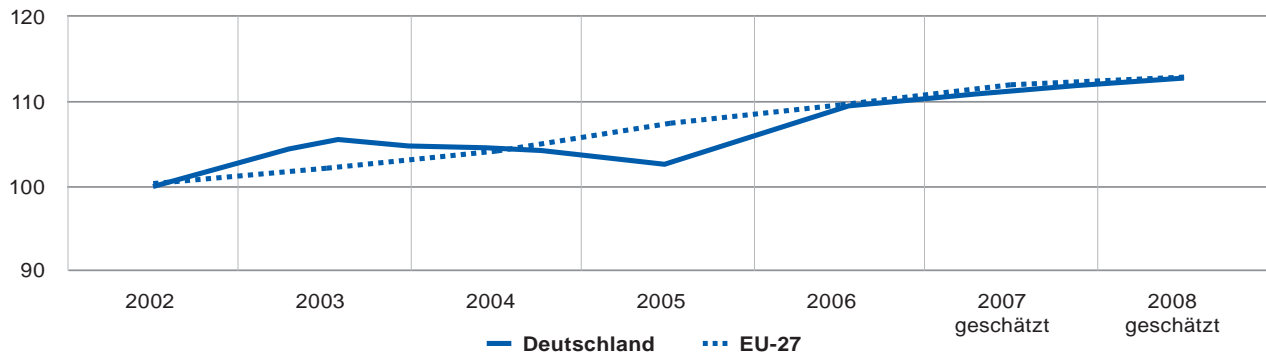
Der Beitrag von Kleinstunternehmen zur Beschäftigung ist in Deutschland (19%) deutlich geringer als der europäische Durchschnitt (30%). Folglich beschäftigt der gesamte KMU-Sektor in Deutschland mit 61% aller Beschäftigten, relativ weniger als der europäische Durchschnitt (67%).

<sup>1</sup> Die Zahlen in der Tabelle, die Länderdaten und Gesamtdaten für die EU-27 enthält, wurden nach einer von EIM Business and Policy Research entwickelten Schätz- und Nowcasting-Methode aus den Eurostat-Daten der SBS 2006 abgeleitet. Weitere Einzelheiten finden Sie im Hinweis zur methodischen Not, die den Factsheets beigelegt ist. Die Eurostat-Daten bieten den Vorteil, dass die Statistiken von verschiedenen Ländern harmonisiert wurden und damit länderübergreifend vergleichbar sind. Der Nachteil ist, dass diese Daten bei einigen Ländern von den veröffentlichten Daten der nationalen Behörden abweichen.

<sup>2</sup> Ein Beispiel für den in Fußnote 1 erwähnten Nachteil: Aufgrund von Unterschieden zwischen EU- und deutschen Definitionen fielen die nationalen Angaben zu der Zahl der KMU und zum Anteil der KMU in Deutschland entsprechend der nationalen Definition im Jahr 2008 höher aus (3,6 Millionen bzw. 99,7%). Auch der Beschäftigungsanteil in KMU in Deutschland war gemäß der nationalen Definition im Jahr 2008 höher (71%). Quelle: IfM Bonn, Schätzungen für 2008 auf der Basis von nationalen Statistiken.

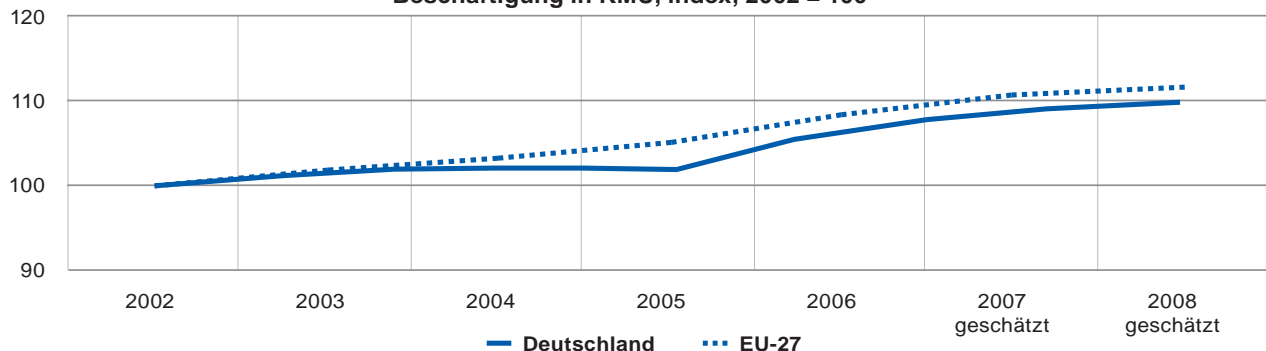


Anzahl der KMU, index, 2002 = 100



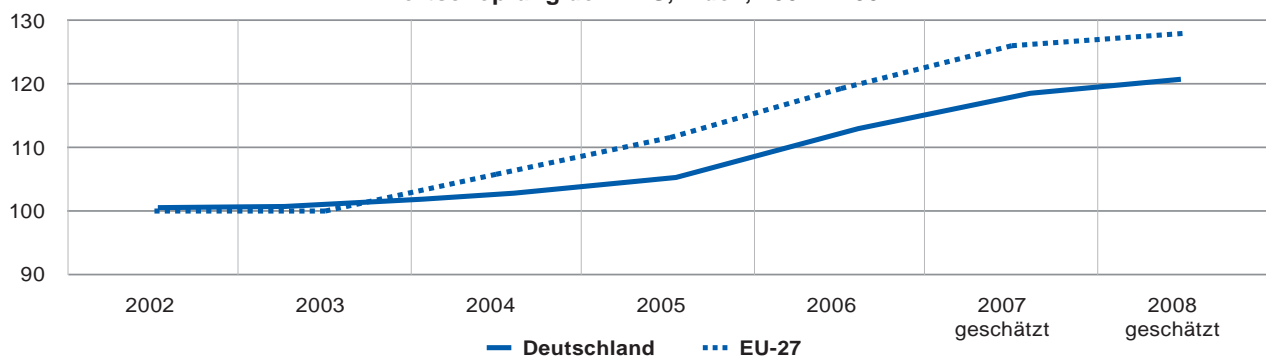
Von 2002 bis 2008 stieg die Zahl der KMU mit 12% ähnlich schnell wie der EU-Durchschnitt (13%). Das Nettowachstum bei der Anzahl von Unternehmen fand insbesondere bei den Kleinstunternehmen statt. Gemäß Regierungszahlen waren 30 bis 50% der zwischen 2003 und 2008 neu gegründeten Unternehmen Start-ups von vorher Arbeitslosen. Ein Hauptfaktor für diese Entwicklung könnte ein spezielles, von der Bundesregierung eingesetztes Unterstützungsinstrument gewesen sein. Andere Faktoren, die die starke Zunahme von Kleinstunternehmen erklären könnten, wären ein solider Zuwachs an kleinen, dienstleistungsorientierten Start-ups und ein deutlicher, Zuwachs an weiblichen Unternehmern (ihr Anteil in allen Start-ups ist auf 41% gestiegen), wobei der besondere Schwerpunkt auf kleinen, wenig kapitalintensiven und manchmal halbtags geführten Unternehmen liegt.

Beschäftigung in KMU, index, 2002 = 100



Im Zeitraum 2002-2008 betrug das Beschäftigungswachstum von deutschen KMU 10% und lag somit leicht unter dem EU-Durchschnitt (12%).

Wertschöpfung der KMU, index, 2002 = 100

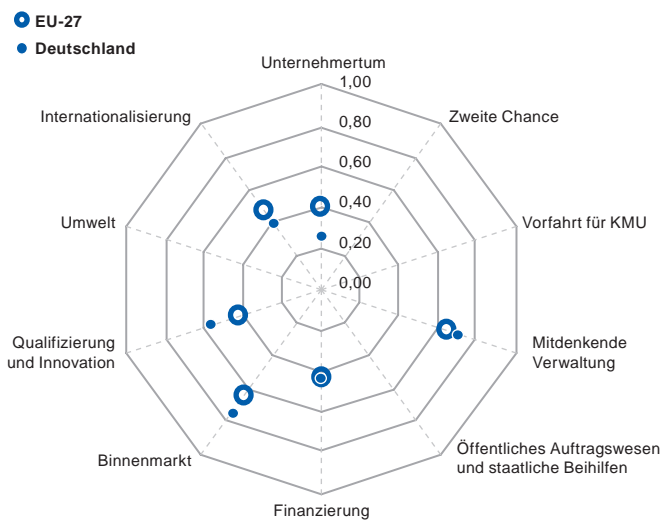


Die Wertschöpfung der KMU nahm um 21% zu, was unter dem durchschnittlichen Wachstum in der EU von 28% liegt. Dieses Gefälle zwischen der deutschen und der EU-entwicklung in diesem Zeitraum in Deutschland lässt sich zumindest teilweise durch die bereits aufgeführten Umstände erklären, die das vergleichsweise starke Wachstum von Kleinstunternehmen mit relativ geringer Wertschöpfung gefördert haben.



## 2. Das SBA-Profil für Deutschland

In diesem Abschnitt werden die einzelnen SBA-Grundsätze vorgestellt, wobei die Zahlen für Deutschland mit dem EU-27-Durchschnitt verglichen werden. Die Analyse unterscheidet zwischen zwei Typen von Indikatoren: jene, die für die Errechnung eines Ergebnisses für jeden SBA-Grundsatz herangezogen wurden, und zusätzlich einige Indikatoren, die zwar interessante Informationen liefern, aber nicht genügend Länder abdecken, um in diese Berechnung mit einbezogen zu werden. Wie in der Grafik gezeigt, stehen Durchschnitte für die folgenden SBA-Grundsätze zur Verfügung: I. Unternehmertum, IV. Mitdenkende Verwaltung, VI. Finanzierung, VII. Binnenmarkt, VIII. Qualifizierung und Innovation sowie X. Internationalisierung. Die Bereiche „Binnenmarkt“ und „Qualifizierung und Innovation“ liegen über dem EU-27-Durchschnitt. Gleichauf mit dem EU-Durchschnitt liegen die Bereiche: „KMU-freundliche Verwaltung“, „Finanzierung“ und „Internationalisierung“. Unter dem EU-Durchschnitt liegt der Bereich „Unternehmertum“. (Im Anhang finden sich zusätzliche Informationen zur Berechnungsmethode.)



### I. Unternehmertum

Insgesamt liegt Deutschland auf Basis der für diesen SBA-Grundsatz verfügbaren Zahlen unter dem EU-27-Durchschnitt. Während die eine Hälfte der Indikatoren in diesem Bereich dem EU-Durchschnitt entsprach (z. B. die Rate von Unternehmertum in der Gesamtbevölkerung und das Ausmaß, in dem Schulbildung zur Herausbildung unternehmerischer Einstellungen beigetragen hat), lagen die Ergebnisse der anderen Hälfte unter dem EU-Durchschnitt. Dazu gehörten der Wunsch selbstständig zu werden und der Anteil von Unternehmern die gezielt eine Geschäftsgründung vorantreiben im Verhältnis zu jenen, die ihr Geschäft aus reiner

Notwendigkeit, dass heisst in Ermangelung anderer Alternativen, begonnen hatten. Dieses Bild wird durch einige zusätzliche Indikatoren abgerundet. So entspricht zum Beispiel der Anteil von Unternehmerinnen dem EU-Durchschnitt, während der Anteil von Unternehmern unter dem EU-Durchschnitt liegt.

### II. Zweite Chance

Bei den wenigen vorhandenen Indikatoren schneidet Deutschland entweder besser als der Rest der EU-Mitgliedstaaten ab oder liegt mit ihnen auf gleicher Höhe. Genauer gesagt liegen die Werte der Indikatoren „Kosten der Geschäftsschließung“ und „Zeitaufwand in Jahren für eine Geschäftsschließung“ über dem EU-27-Durchschnitt. Der Unterstützungsgrad zur Gewährung einer zweiten Chance wird als dem EU-27-Durchschnitt entsprechend eingestuft.

### III. Vorfahrt für KMU

Die drei vorhandenen Indikatoren in diesem Bereich ergeben ein gemischtes Bild. Der notwendige Zeitaufwand zur Einhaltung der Verwaltungsaufgaben entspricht dem EU-27-Durchschnitt. Der Wert des Indikators, der die Zahl von aufgetretenen Problemen mit Verwaltungsvorschriften misst, liegt unter dem EU-27-Durchschnitt.

Bemerkenswert ist, dass der Anteil der KMU, die die gegenwärtigen Vorschriften akzeptieren und mittragen, erheblich unter dem EU-27-Durchschnitt liegt. In Deutschland sind nur 15% der KMU mit den gegenwärtigen Vorschriften zufrieden, wohingegen dieses im EU-27-Durchschnitt bei 34% der Fall ist.



#### IV. KMU-freundliche Verwaltung

Insgesamt positionieren die Zahlen für diesen SBA-Grundsatz Deutschland im EU-27-Durchschnitt. Für die meisten Indikatoren in diesem Bereich liegen die Ergebnisse für Deutschland entweder über dem EU-Durchschnitt oder sind zumindest gleichwertig. Der Wert des Indikators zur Messung der Kosten zur Vertragsdurchsetzung und die E-Government-Verfügbarkeit sind höher als der EU-27-Durchschnitt. Die Zahl der Tage für eine Geschäftseröffnung<sup>3</sup>, die Kosten für eine Geschäftseröffnung, die Kosten für die Grundbucheintragung, die Zahl der Verwaltungsakte für die Grundbucheintragung, die Zahl der Tage für die Grundbucheintragung und die Zahl der Steuerzahlungen pro Jahr – alle diese Werte entsprechen dem EU-27-Durchschnitt. Das gilt auch für folgende Indize: „Index für Schwierigkeiten bei Einstellungen“, „Index für Schwierigkeiten bei Entlassungen“, „Index der Rigidität von Arbeitszeiten“ und „Index der Rigidität von Beschäftigungsverhältnissen“. Allerdings gibt es einen bemerkenswerten Ausreißer, da der Indikator zur Messung der Anzahl der Verwaltungsakte für eine Geschäftseröffnung erheblich unter dem EU-Durchschnitt liegt (in Deutschland sind 9 Verwaltungsakte nötig, während der EU-Durchschnitt 6,16 beträgt).

#### V. Öffentliches Auftragswesen und staatliche Beihilfen

Entsprechend des einzigen in diesem Bereich erhältlichen Indikators, nämlich der Anteil an der gesamten staatlichen Beihilfe für KMU, rangiert Deutschland unter dem EU-Durchschnitt.

#### VI. Finanzierung

Insgesamt siedelt sich Deutschland auf Basis der für diesen Grundsatz erhältlichen Zahlen im EU-Durchschnitt an. Auf der Ebene der Einzelindikatoren ergibt sich jedoch ein relativ diffuses Bild. Während die Mehrheit der Indikatoren ohnehin dem EU-Durchschnitt entspricht (durchschnittlicher Zahlungsverzug, Risikokapital in der Frühphase, Rechtsschutz für Schuldner usw.) liegen die übrigen Indikatoren entweder über oder unter dem Durchschnitt und neutralisieren sich gegenseitig. Dieses gemischte Bild spiegelt sich in jedem der verschiedenen Unterbereiche der Finanzierung

wider. Daher erzielt Deutschland beim Indikator „Breite der Kreditinformation“ höhere Werte als der EU-Durchschnitt, während es auf der anderen Seite beim Indikator „Rechtsschutzindex“ dem EU-Durchschnitt entspricht.

Auch der Indikator „Private Kreditregistrierung“ liegt in Deutschland erheblich (98%) über dem EU-27-Durchschnitt (36%), während auf der anderen Seite die „Staatliche Kreditregistrierung“ unter dem EU-27-Durchschnitt liegt.

In Bezug auf Risikokapital, das für die Frühphase von Unternehmen in Verhältnis zum BIP gesetzt wird, entspricht Deutschland gemäß diesem Indikator dem EU-Durchschnitt, während der Indikator, der Risikokapitalfinanzierungen für spätere Ausbauphasen von Unternehmen misst, Deutschland hinter dem Durchschnitt zurückbleiben sieht. Dann wiederum schneidet Deutschland bei dem Indikator „Anteil bei Zahlungsausfällen“ besser ab als der EU-Durchschnitt (d. h. deutsche Unternehmen erfahren weniger Zahlungsausfälle als der Durchschnitt der anderen europäischen Unternehmen). Ebenso liegt der geplante Anteil von Mitteln der Strukturfonds zur Förderung des Unternehmertums und der KMU für die Jahre 2007-2013 über dem EU-27-Durchschnitt. Der für den Zeitraum 2007-2013 geplante Anteil an ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums) für die „Förderung von Unternehmensgründungen und -entwicklung“ hingegen liegt unter dem EU-Durchschnitt.

#### VII. Binnenmarkt

Insgesamt positionieren die erhältlichen Zahlen für diesen SBA-Grundsatz Deutschland über dem EU-27-Durchschnitt. Bei allen Indikatoren liegt Deutschland entweder über oder zumindest gleichauf mit dem EU-Durchschnitt. Das beste Ergebnis erzielt der Anteil der umgesetzten oder angekündigten Binnenmarkttrichtlinien, der den EU-27-Durchschnitt weit übersteigt.

Die durchschnittliche Verzögerung in der Umsetzung von überfälligen Richtlinien und die Dauer von 2 Jahren bei überfälligen Richtlinien entsprechen dem EU-27-Durchschnitt. Das Gleiche gilt für den Handelsanteil mit der EU (Anteil der Importe aus der EU an den Gesamtimporten und der Anteil der Exporte in die EU an den Gesamtexporten).

<sup>3</sup> In Deutschland werden 18 Tage für eine Geschäftseröffnung benötigt, während es im EU-Durchschnitt 17 Tage sind (Quelle: World Bank Doing Business 2008). Anzumerken ist, dass diese Daten von den direkt von den Mitgliedstaaten erhaltenen Zahlen im Zuge des Lissabon-Prozesses abweichen. Entsprechend nationalen Forschungsergebnissen werden für eine Geschäftseröffnung in Deutschland 4,5 Tage benötigt (der EU-Durchschnitt beträgt 8 bis 9 Tage).



### VIII. Qualifizierung und Innovation

Insgesamt belegen die für diesen SBA-Grundsatz verfügbaren Zahlen Deutschlands Position über dem EU-Durchschnitt.

Diese günstige Position basiert hauptsächlich auf den Indikatoren für Innovation und neue Technologien. Bei vielen Indikatoren liegt Deutschland über dem EU-Durchschnitt (Anteil von KMU, die online-Bestellungen erhalten), bei einigen sogar wesentlich höher (Anteil von KMU mit ertriebsinternen Innovationen, Anteil von KMU mit Innovationstätigkeiten im Allgemeinen und Anteil von KMU mit online-Einkäufen, was bei deutschen Unternehmen 52% ausmacht und 24% bei allen Unternehmen in der EU gegenübersteht). Es gibt auch Indikatoren, die ein eher durchschnittliches Ergebnis aufweisen (z. B. der Anteil von innovativen KMU, die mit anderen zusammenarbeiten). Aber sie runden nur das insgesamt positive Erscheinungsbild ab. Im Bereich „Qualifizierung“ sind die Ergebnisse aufgrund einiger unterdurchschnittlicher Indikatoren gemischter. So liegt zum Beispiel der Anteil von KMU-Beschäftigten mit Hochschulausbildung unter dem EU-Durchschnitt. Der Anteil von KMU, die E-Learning-Anwendungen für Training und Weiterbildung ihrer Beschäftigten einsetzen, liegt sogar deutlich unter dem EU-Durchschnitt. In Deutschland verfügen nur 13% der KMU E-Learning-Anwendungen, wohingegen der EU-Durchschnitt 29% beträgt.

### IX. Umwelt

Für beide Indikatoren in diesem Bereich – der Anteil von KMU mit umfassenden Energieeffizienzprogrammen r z und der Anteil von KMU, die einfache Energiesparmaßnahmen anwenden – entspricht Deutschland dem EU-27-Durchschnitt.

### X. Internationalisierung

Insgesamt positionieren die für diesen SBA-Grundsatz verfügbaren Zahlen Deutschland im EU-Durchschnitt.

Es ist jedoch interessant, dass keiner der Einzelindikatoren in diesem Bereich dem jeweiligen EU entspricht- sie liegen entweder über oder unter dem europäischen Vergleichswert. Zu ersteren zählen Indikatoren, die den spezifischen Verwaltungsaufwand verbunden mit einer Auslandstransaktion von Unternehmen messen (Anzahl der benötigten Tage für den Export, Anzahl der benötigten Tage für den Import). Diese Indikatoren neutralisieren die unterdurchschnittlichen Indikatoren, die zumeist direkt die tatsächlichen Auslandsaktivitäten der Firmen, wie etwa den Umsatzanteil am Export, der Anteil von KMU, die Einnahmen aus Niederlassungen und/oder Joint Ventures im Ausland erzielen, und insbesondere den Anteil von KMU, die im Zeitraum 2006-2008 Importe vornahmen. Hier liegen die deutschen Unternehmen mit 14% weit unter dem EU-Durchschnitt von 39%. Die Ergebnisse deuten an, dass das administrative Umfeld nicht notwendigerweise der Hauptgrund für die relativ niedrige Zahl von deutschen KMU ist (in Vergleich zum Gesamtbestand aller deutschen KMU), was angesichts der allgemeinen Handelsorientierung der deutschen Wirtschaft insgesamt einigermaßen überraschend ist.



### 3. Deutschland: Fortschritte bei der Umsetzung des SBA

In diesem Abschnitt werden Anhaltspunkte für die Tendenzen einzelner Indikatoren in den verschiedenen SBA-Bereichen gegeben. Ebenso wie bei anderen Ländern ist es aufgrund fehlender Daten nicht möglich, eine allgemeine Bewertung der von Deutschland in den einzelnen SBA-Bereichen erzielten Fortschritte auf einer höheren Gesamtebene abzugeben.

#### I. Unternehmertum

Obwohl kein Indikator in diesem Bereich dramatische Veränderungen aufzeigte, gab es dennoch bemerkenswerte Tendenzen: Zwischen 2002 und 2006 halbierte sich fast das Verhältnis von Unternehmern, die aufgrund einer bestehenden Idee oder Gelegenheit ihr Unternehmen gründeten, zu Unternehmern, die aus der Not heraus ein Unternehmen gründeten (von 3,4% auf 1,67%). Auf der Grundlage anderer Indikatoren kann diese Entwicklung durch mindestens zwei andere Tendenzen ausgelöst worden sein. Zum Einen fiel während dieses Zeitraums der Gesamtanteil an „Unternehmern aufgrund strategisch verfolgter Ideen oder Gelegenheiten“ leicht ab, während zum Anderen die Häufigkeit von „Unternehmern aus Notwendigkeit“ beträchtlich anstieg, sowohl in absoluten als auch in relativen Zahlen.

Obwohl daher insgesamt die Anzahl von „Unternehmern aufgrund strategisch verfolgter Ideen oder Gelegenheiten“ immer noch überwiegt, scheint es eine Verlagerung im Hinblick auf die wirtschaftliche Bedeutung in Richtung „Unternehmer aus Mangel an Alternativen“ zu geben. Eine weitere bemerkenswerte Entwicklung ist die Wahrnehmung von steigender Medienaufmerksamkeit für unternehmerische Erfolge. Der Anteil der deutschen Bevölkerung, die der Aussage zustimmten, dass sie oft Berichte über erfolgreiche neue Unternehmen in den öffentlichen Medien sehen, stieg von 5% im Jahr 2005 auf 50% im Jahr 2008.

#### II. Zweite Chance

In diesem Bereich gab es verhältnismäßig wenige Veränderungen in den letzten Jahren und Deutschland hat seine relativ günstige Position in der EU behauptet. Bei zwei Indikatoren lagen Daten für den Zeitraum 2004-2009 vor. Die Anzahl der Jahre für eine Unternehmensschließung blieb mit etwas mehr als 1 Jahr konstant und ist die kürzeste Zeit in der EU. Der Indikator für die „Kosten einer Geschäftsschließung“ stellte ab 2006 einen Anstieg des Betriebsvermögens (bis 2006) um 1% auf 8% fest, was immer noch besser ist als die durchschnittlichen Ergebnisse in der EU.

#### III. Vorfahrt für KMU

Für diesen SBA-Grundsatz lagen keine Zeitreihen vor.

#### IV. KMU-freundliche

In diesem Bereich hat es zwei bemerkenswerte Entwicklungen gegeben. Erstens haben sich zwar die Anzahl der Verwaltungsakte und die Kosten für eine Geschäftseröffnung zwischen 2004 und 2009 praktisch nicht geändert, aber der Zeitaufwand wurde von 45 Tagen auf gerade einmal 18 Tage mehr als halbiert. Zweitens wurde der Umfang der „E-Government“-Dienstleistungen für Unternehmen deutlich ausgeweitet und der entsprechende Indikatorindex stieg von 47% auf 74% im gleichen Zeitraum. Das Ergebnis war, dass Deutschland bei beiden Indikatoren seine Position in der EU verbesserte.

#### V. Öffentliches Auftragswesen und staatliche Beihilfen

Der Anteil der gesamten staatlichen Beihilfe für KMU schwankte zwischen 3% und 8% im Zeitraum 2000-2007. Die Position in der EU blieb jedoch konstant.

#### VI. Finanzierung

Die Mehrheit der Indikatoren (Risikokapital für Frühphasen sowie für Erweiterungsphasen bei Unternehmen im Verhältnis zum BIP, Anteil von Zahlungsausfällen) in diesem Bereich blieb über die letzten Jahre stabil (meistens für 2003-2007). Das bestätigt auch, dass Deutschlands Position in dieser Hinsicht gegenüber anderen EU-Ländern unverändert blieb. Die Indikatoren, die den Unterschied zwischen Zinsen auf Kredite von weniger und von mehr als 1 Million EUR gemessen haben, sowie der Wert für den Indikator „Private Kreditregistrierung“ verbesserten sich konsequent. Ersterer sank von 1,27% im Jahr 2004 auf 0,83% im Jahr 2009, während der zweite Indikator einen Anstieg von 85% auf 98% von bei einem privaten Kreditinstitut gelisteten Einzelpersonen und Unternehmen mit Informationen über den Tilgungsverlauf verzeichnete.

#### VII. Binnenmarkt

Die wenigen Indikatoren mit einer Zeitreihe in diesem Bereich geben keine Anhaltspunkte für wesentliche Veränderungen in den letzten Jahren. Der Importanteil aus der EU gemessen am Gesamtimport und der Exportanteil in die EU gemessen am Gesamtexport blieb über den Zeitraum 2000 bis 2008 konstant.



### **VIII. Qualifizierung und Innovation**

Die wenigen Indikatoren mit Zeitreihendaten beziehen sich insbesondere auf die Übernahme von IT durch KMU und zeigen diffuse Tendenzen. Einerseits stieg der Prozentsatz von Unternehmen, die Einkäufe online tätigten, im Zeitraum 2003-2007 stark von 11 % auf 52%. Weiter wuchs der Prozentsatz von Unternehmen, die Bestellungen online erhielten, von 9% auf 24%. Andererseits fiel der Anteil von KMU, die E-Learning-Anwendungen für Training und Weiterbildung der Beschäftigten einsetzten, leicht von 15% im Jahr 2003 auf 13% im Jahr 2008.

### **IX. Umwelt**

Für diesen SBA-Grundsatz standen keine Zeitreihen für die Einzelindikatoren zur Verfügung.

### **X. Internationalisierung**

In diesem Bereich weisen die erhältlichen Indikatoren mit Zeitreihendaten auf keine wesentlichen Veränderungen hin. Die Werte für beide Indikatoren – Anzahl der Tage für den Import bzw. Export – blieben für den gesamten Zeitraum 2006-2009 konstant und lagen dauerhaft über dem EU-Durchschnitt.



## 4. Politische Maßnahmen 2007-2009

Im Zeitraum 2007-2009 hat Deutschland in allen zehn SBA-Bereichen Maßnahmen ergriffen. Einige dieser Maßnahmen könnten mehr als einem SBA-Grundsatz zugeordnet werden. Allerdings wird jede Maßnahme nur einmal genannt. Wenn politische Maßnahmen als Paket zusammengefasst werden, z. B. in einem allgemeinen Reformpaket, werden die maßgeblichen Bestandteile dem SBA-Grundsatz zugeordnet, der am naheliegendsten erscheint. Die wichtigsten politischen Entwicklungen sind die folgenden:

### I. Unternehmertum

Gründercoaching Deutschland: Seit dem 1. November 2007 unterstützt die Bundesregierung zusammen mit der KfW Mittelstandsbank junge Unternehmer finanziell bis zu einem Betrag von 4 500 EUR für Beratung zu Organisations-, Finanz- und Managementfragen innerhalb der ersten fünf Jahre nach dem Start-up. Das Programm verfügt über ein Gesamtbudget von 260 Millionen EUR bis 2013. Am 1. Oktober 2008 wurde es erweitert, um auch Unternehmensgründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus abzudecken. Im Rahmen des erweiterten Programms steht eine Unterstützung von höchstens 3 600 EUR pro Fall zur Verfügung. Seit dem 26. März 2007 sieht ein neues Gesetz besseren Pfändungsschutz für die private Altersvorsorge von Selbstständigen vor. Der Umfang des Schutzes ist jetzt der gleiche wie für Arbeitnehmer.

Am 1. Januar 2009 trat eine Reform der Erbschaftsteuer in Kraft. Am 1. Januar 2010 wurden weitere Änderungen erlassen, darunter: 1) Die Übertragung von Unternehmen infolge eines Todesfalls ist von der Erbschaftsteuer befreit, sofern das Unternehmen unverändert für die Dauer von sieben Jahren fortbesteht (Referenzpunkt ist die Gesamtlohnsumme). Eine Steuerbefreiung von 85% auf alle Vermögenswerte wird gewährt, wenn das Unternehmen unverändert für die Dauer von fünf Jahren fortbesteht. Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten können steuerfrei gestellt werden, unabhängig von der Lohnsumme. 2) Im Allgemeinen können Ehegatten und Kinder einen höheren steuerfreien Betrag erben und brauchen nur einen ermäßigten Steuersatz zu zahlen (zwischen 15% und 43%). Für Ehegatten beträgt der steuerfreie Betrag 500 000 EUR (vorher 307 000 EUR) und für Kinder 400 000 EUR (vorher 205 000 EUR).

Ein neues Gesetz (Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz), das seit dem 1. Januar 2009 in Kraft ist, erleichtert hochqualifizierten Arbeitskräften aus Nicht-EU-Ländern den Zugang nach Deutschland. Das Gesetz senkt die erforderlichen Mindestinvestitionen für Unternehmer, die eine ständige Aufenthaltsgenehmigung haben möchten, von 500 000 EUR auf 250 000 EUR.

Seit dem 1. Januar 2009 ist eine Krankenversicherung für jeden deutschen Bürger Pflicht, auch für Selbstständige. Private und gesetzliche Krankenkassen müssen die Wiederaufnahme von früher versicherten Personen akzeptieren.

Selbstständige, die in der gesetzlichen Krankenkasse versichert sind, brauchen nur einen ermäßigten Beitrag von 14% (regulärer Satz beträgt 14,9%) zu zahlen. Mit dem ermäßigten Beitragssatz verlieren Selbstständige jedoch den Anspruch auf Krankengeld.

Die neue deutsche Regierung ist übereingekommen, eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung des unternehmerischen Denkens in Angriff zu nehmen. Dazu gehört eine Kampagne zur Förderung des Unternehmertums und der selbstständigen Tätigkeit, die 2010 beginnen wird.

### II. Zweite Chance

Eine Änderung der Insolvenzordnung vom 13. April 2007 macht es Unternehmern leichter, eine zweite Chance zu erhalten. Der Insolvenzverwalter kann zusammen mit dem Insolvenzgericht erklären, dass bestimmte Unternehmenswerte nicht zur Konkursmasse gehören und somit in ein neues Geschäft investiert werden können.

Das Koalitionsabkommen der neuen deutschen Regierung vom Herbst 2009 beinhaltet eine Regelung, gemäß der Unternehmer nach einem Konkurs nach Ablauf von drei Jahren anstatt wie bisher von sechs Jahren schuldenfrei gestellt werden sollen.

### III. Vorfahrt für KMU

Zwischen 2006 und 2009 erließ die deutsche Regierung eine Reihe von Gesetzen zum Abbau von bürokratischen Hemmnissen für KMU, das so genannte Mittelstandsentslastungsgesetz (MEG, siehe Kasten), das in drei Stufen erlassen wurde:

- 1. Erstes Mittelstandsentslastungsgesetz (MEG I), Bundesgesetzblatt 2006, Teil 1 Nr. 40
- 2. Zweites Mittelstandsentslastungsgesetz (MEG II), Bundesgesetzblatt 2007, Teil 1 Nr. 47
- 3. Drittes Mittelstandsentslastungsgesetz (MEG III), Bundesgesetzblatt 2009, Teil 1 Nr. 15

Das MEG I (8/2006, bzw. 1.1.2007) vereinfacht 16 statistische und Steuerauflagen für KMU. Das Gesetz soll die Bürokratiekosten insgesamt um 970 Millionen EUR senken, z. B. indem Buchhaltung nur für Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 500 000 EUR (vorher 350 000 EUR) zur Pflichtaufgabe gemacht wird und monatliche Statistikerberichte für die Industrieproduktion nur für Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten (vorher 20) pflichtgemäß zu



erstellen sind und indem der Schwellenwert für das Mehrwertsteuerverfahren von 100 EUR auf 150 EUR angehoben wird. Am 1. Januar 2008 trat das zweite Gesetz in Kraft, d. z. weitere 16 statistische und Steuerauflagen für KMU vereinfachte, da-runter die Befreiung der Start-up-Unternehmen von statistischen Auflagen in den ersten drei Jahren ihres Bestehens unter bestimmten Bedingungen und die Nicht-Teilnahme von Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten an mehr als drei offiziellen statistischen Erhebungen pro Jahr.

Am 25. März 2009 wurde das dritte Gesetz beschlossen, das weitere 23 Maßnahmen einführt, darunter die Ersetzung der Handwerkszählung durch bestehende statische Daten des Statistischen Bundesamtes. Rund 460 000 Handwerksbetriebe werden von dieser Änderung profitieren. Auch sind Geschäfte nicht länger verpflichtet, ihren Namen im Laden, im Büro oder im Briefkopf zu zeigen.

Am 1. November 2008 trat ein Gesetz, das das GmbH-Gesetz umfassend modernisiert, in Kraft. Es sollte Verordnungen modernisieren und Missbrauch bekämpfen, und zwar durch die Vereinfachung von Registrierungsverfahren bei Start-up-Unternehmen und im Hinblick auf Firmengründungen als „GmbH“. Eine neue Rechtsform, die so genannte haftungsbeschränkte Unternehmergesellschaft (UG), wurde geschaffen, um Unternehmensgründungen mit niedrigem Budget zu erleichtern. Die UG kann ohne das normalerweise für eine GmbH erforderliche Mindestkapital von 25 000 EUR gegründet werden. Für standardisierte Gründungen in der Rechtsform einer GmbH werden zwei Musterbeispiele vorgegeben, um die gesetzlichen Verfahren zu beschleunigen.

#### **IV. KMU-freundliche Verwaltung**

Ein Gesetz zum elektronischen Handelsregister, das 2006 eingeführt wurde, sieht die elektronische Verwaltung der wichtigen Handelsregister in Deutschland ab dem 1. Januar 2007 vor und zielt damit auf schnellere Eintragungsverfahren ab.

Im Mai 2009 wurde ein Gesetz zur Reform des Rechnungslegungsgesetzes eingebracht. Gemäß diesem Gesetz wurden die Schwellenwerte, die den Umfang der Informationspflichten bestimmen, angehoben, um so die Rechnungslegungsstandards für KMU zu vereinfachen.

#### **V. Öffentliches Beschaffungswesen und staatliche Beihilfen**

Am 13. Januar 2009 vereinfachte die Bundesregierung das Beschaffungsgesetz (begrenzt bis Ende 2010), um die zeitnahe Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturprogramm sicherzustellen. Öffentliche Investitionen unterhalb definierter Schwellenwerte können durch begrenzte Aufforderungen zur Abgabe eines Angebots und durch direkte Beschaffung vorgenommen werden, um das Beschaffungsverfahren abzukürzen.

#### **VI. Finanzierung**

Die Initiative für kleine Unternehmen vom 23. Juli 2007 wurde durch die KfW-Bank (siehe I.) in Gang gesetzt, um Unternehmertum und Innovation in kleinen Unternehmen auf Basis von sechs Elementen zu fördern:

- Initialisierung und weitere Verbreitung von Mikrofinanzfonds für kleine Investitionsprojekte bei Start-up-Unternehmen (Mikrofinanzfonds Deutschland).
- Die Finanzierungsprogramme für Start-up-Unternehmen (StartGeld) und junge Unternehmer (Mikrodarlehen) wurden verbessert und in einem Programm zusammengefasst (KfW-StartGeld).
- Entsprechend des Programms der KfW zur Stärkung des Eigenkapitals (KfW-Genussrechtsprogramm) wird in Zukunft ein neues Programm angeboten, das die besonderen Bedürfnisse nach Eigenkapital von kleinen Unternehmen berücksichtigt.
- Um die finanziellen Möglichkeiten von KMU zu stärken, will die KfW von den Partnerbanken 50 % des Ausfallrisikos in ihrem Programm KfW-Unternehmer-kredit übernehmen.

Um das Wissen über Bewertungen (Rating) und Kreditentscheidungen bei KMU zu verbessern, wurde am 18. Dezember 2007 ein online-Beratungsdienst von der KfW und den Unternehmensverbänden eingerichtet.

Als Teil des ersten 2008 erlassenen Konjunkturpakets führte die KfW am 1. Dezember 2008 ein spezielles Kreditprogramm ein, um die finanzielle Stabilität von KMU sicherzustellen (KfW-Sonderprogramm 2009). Bis Ende 2010 steht ein Budget von 15 Milliarden EUR zur Verfügung, von dem fast 2,9 Milliarden EUR per Stichtag 31. Dezember 2009 in Anspruch genommen wurden (3,16 Milliarden EUR per Stichtag 26. Februar 2010). Darüber hinaus können Unternehmen die degressive Abschreibungsmethode mit 25% für bewegliche Güter anwenden.

Ein zweites Konjunkturpaket trat am 2. März 2009 in Kraft, darunter die Ausweitung staatlicher Garantien für Unternehmenskredite auf ein Gesamtvolumen von 75 Milliarden EUR. Am 12. August 2008 wurde ein Gesetz zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Eigenkapital erlassen, das Steuervorteile für eingetragene Investmentgesellschaften in Deutschland einführt und so die Bildung von Eigenkapital von Start-up-Unternehmen und KMU erleichtert.

#### **VII. Binnenmarkt**

2008 wurden gemäß Artikel 9 der Verordnung (EC) 764/2008 zwei Produkt-Kontaktstellen eingerichtet, und zwar bei der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung und bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), um Unternehmen und insbesondere KMU Informationen über die Vermarktung von Gütern im nicht harmonisierten Bereich zu liefern.



Am 8. Juli 2009 ging eine Plattform für Entwürfe von standardisierten Verfahren (Normen-Entwurfs-Portal) online, mithilfe derer Unternehmen kostensparend neue Entwürfe für Standardisierungen kommentieren können. Darüber hinaus wurde es ermöglicht, während des gesamten Jahres 2009 virtuell an Meetings über Standardisierung teilzunehmen. Über eine Anmeldung im Internet können KMU ohne aufwändige Reisekosten zu Meetings beitragen. Beide Initiativen werden vom Deutschen Institut für Standardisierung (DIN Deutsches Institut für Normung e. V.) organisiert. Am 11. Februar 2009 wurde die DIN Kommission Mittelstand (KOMMIT) eingerichtet. DIN KOMMIT berät den DIN-Direktor zu KMU-freundlichen Standardisierungsprozessen und dient als Plattform für die Anliegen von KMU, die sich im Standardisierungsprozess befinden.

Am 2. September 2009 traf die Bundesregierung eine Entscheidung zum Standardisierungskonzept, das die Standardisierungsstrategie der Bundesregierung umsetzen soll und ausdrücklich die Bedeutung von KMU in Standardisierungsprozessen anerkennt.

In Übereinstimmung mit der europäischen Dienstleistungsrichtlinie richteten die deutschen Bundesländer im Jahr 2009 zentrale Kontaktstellen für Dienstleister ein. Dienstleister werden auch von der Abschaffung von unverhältnismäßigen oder ungerechtfertigten Anforderungen profitieren. Beispielsweise werden feste Verfahrensfristen für einen Prozess eingeführt und ausländische Dokumente sollen leichter anerkannt werden.

### **VIII. Qualifizierung und Innovation**

Am 1. Juli 2008 wurde ein Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) eingerichtet, das die früher unterteilten Innovationsprogramme zusammenführte. ZIM ist offen für alle Technologien und Sektoren und bietet bessere Bedingungen, höhere Transparenz, mehr Nutzerfreundlichkeit und erhöhte Anforderungen an das Kostencontrolling. Als Teil des zweiten Konjunkturpakets wurde ZIM ein außerordentlicher Betrag in Höhe von 900 Millionen EUR gewährt, der das bestehende Budget mehr als verdoppelte.

Am 28. Juli 2008 startete die Bundesregierung die Förderberatung „Forschung und Innovation“ des Bundes als eine zentrale Unterstützungsstelle für Universitäten, Forschungszentren und Unternehmen, insbesondere KMU. Sie informiert (auch über eine Hotline) über unterstützende Strukturen, finanzielle Fördermöglichkeiten und Förderschwerpunkte.

### **IX. Umwelt**

Am 21. Februar 2008 führte das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie zusammen mit der KfW einen speziellen Fonds für Energieeffizienz bei KMU ein. Zentrale Elemente dieser Initiative sind Beratungsdienste für KMU über Energieeffizienz und Kredite für Investitionen in Energieeffizienz. Im ersten Jahr erwartet das Ministerium ein Gesamtkreditvolumen in Höhe von 350 Millionen EUR.

Die Bundesregierung und die Deutsche Industrie- und Handelskammer vereinbarten am 8. Oktober 2009 eine Partnerschaft für Klima, Energieeffizienz und Innovation, die das Wissen um und das Interesse an Energieeffizienz steigern soll. Als Teil des ersten Konjunkturpakets wurde das Gesamtkreditvolumen im Rahmen des Sonderfonds Energieeffizienz in KMU auf 300 Millionen EUR aufgestockt.

### **X. Internationalisierung**

Am 1. Januar 2009 wurden die Bundesagentur für Außenwirtschaft und die Invest in Germany GmbH in einer Bundesagentur mit Namen „Germany Trade and Invest GmbH“ zusammengelegt. Ihr Ziel ist die Förderung des internationalen Handels und der ausländischen Direktinvestitionen, z. B. durch die Bereitstellung von Informationen über ausländische Märkte an deutsche Unternehmen.

Die Energieeffizienz-Exportinitiative zielt seit dem 9. August 2007 auf die Unterstützung des Exports von energieeffizienten Technologien, mit besonderem Schwerpunkt auf KMU, ab. Die angebotenen Dienstleistungen umfassen beispielsweise gesponserte Teilnahmen an Messen im Ausland, Geschäftsreisen und Informationsveranstaltungen in Deutschland über ausländische Märkte.

Weitere Maßnahmen in diesem Bereich umfassen:

- Exportinitiative Erneuerbare Energien;
- Vermarktungshilfeprogramm für Unternehmen aus den neuen Bundesländern;
- Förderung von Informations- und Kontaktseminaren in Drittländern;
- Kooperationsförderung wissensintensiver und unternehmensbezogener Dienstleistungsanbieter mit ausländischen Partnern;
- Netzwerk Technologiekooperation.



## 5. Bewährte Verfahren

Um die Bemühungen der Regierung zur KMU-Förderung zu verdeutlichen, werden die statistischen Daten in dem Factsheet um ein Beispiel für ein bewährtes Verfahren in der KMU-Politik erweitert.

### **Beispiel für ein bewährtes Verfahren in der KMU-Politik von Deutschland**

Titel der Maßnahme: Erstes bis drittes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft) (MEG). Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie zeichnet für diese Gesetze verantwortlich, die zwischen 2007 und 2009 umgesetzt wurden.

Unternehmensumfragen und Studien haben gezeigt, dass KMU überproportional von bürokratischen Regelungen betroffen sind. Einer Studie aus dem Jahr 2003 zufolge belaufen sich die Bürokratiekosten bei den deutschen Unternehmen auf annähernd 46 Milliarden EUR jährlich, wobei 80% dieses Betrages auf die KMU entfallen. Die MEG sind ein Beginn, um kleine und mittlere Unternehmen sowie Start-up-Unternehmer von überflüssigen, wachstumshemmenden bürokratischen Barrieren und den damit verbundenen Kosten zu entlasten und so zusätzliches Potenzial für Wachstum, Innovation und Investitionen freizusetzen.

Mit der Einführung von MEG I brachte die Bundesregierung zugleich ein „Notpaket“ mit 16 Einzelmaßnahmen ein, die in sehr kurzer Zeit umgesetzt werden konnten. Es wird angenommen, einen Gesamtbetrag von 970 Millionen EUR einzusparen. MEG II vereinfachte weitere 16 statistische und Steuerauflagen für KMU. Hier wird eine Gesamtersparnis in Höhe von 200 Millionen EUR bei KMU und Verwaltungen erwartet. MEG III ist bisher das letzte Gesetz und soll durch 23 umgesetzte Maßnahmen weitere 100 Millionen EUR an Einsparungen bei Bürokratiekosten erbringen.

Die Reduzierung von Bürokratiekosten ist ein effektiver Weg, um die finanziellen und Zeit raubenden Belastungen für KMU zu verringern. Gleichzeitig führt die Kostenreduzierung nicht zu Einnahmeverlusten im Bundeshaushalt, sondern sogar auch zu Kosteneinsparungen in der öffentlichen Verwaltung. Insofern können diese Maßnahmen so betrachtet werden, dass sie eine Win-Win-Situation schaffen, mit Vorteilen und Nutzen für beide Seiten. Finanzielle und Zeitressourcen werden frei gesetzt und können genutzt werden, um Wachstum und Innovation zu schaffen. Dennoch können die MEG nur als ein gelungener Start angesehen werden, dem mehr Vereinfachungen folgen müssen.

## Anhang I: Ausgewählte SBA-Indikatoren für Deutschland

Jede Kategorie des Netzdiagramms in Abschnitt 2 entspricht einem der zehn Grundsätze des Small Business Act. Jeder SBA-Grundsatz gruppiert die neuesten verfügbaren statistischen Indikatoren, die den Wert für den Grundsatz angeben. Das Diagramm gleicht dem im Jahr 2008 veröffentlichten, wurde aber um zusätzliche Indikatoren erweitert und mit neueren Daten aktualisiert. Es wurde alles unternommen, um immer die neuesten Daten einzubeziehen. In der Regel handelt es sich also um Daten, die sich auf das Jahr 2008 beziehen. Harmonisierung (Ländervergleichbarkeit) war die wichtigste Anforderung an die einzubeziehenden Indikatoren. Deshalb stammen die Indikatoren eher von verschiedenen internationalen Quellen (siehe unten) als von nationalen Statistikinstituten. Zusätzlich musste ein Indikator, um sich als SBA-Grundsatz zu qualifizieren, entweder für eine Mindestanzahl von Ländern verfügbar sein oder einen Mindestprozentsatz an KMU in allen Ländern abdecken. Nähere Einzelheiten über die angewandte Methode entnehmen Sie bitte dem Hinweis zur Methode auf der Website der GD Unternehmen und Industrie. Dort erhalten Sie auch eine detaillierte Beschreibung aller Variablen sowie der entsprechenden Quellennachweise.

Indikator	Letzter absoluter Wert	EU-Durchschnitt des absoluten Wertes*	Bezugsjahr für Wert	Quelle
<b>I. UNTERNEHMERTUM</b>				
1.1 Wunsch zur Selbstständigkeit	19,00	30,71	2007	Flash Eurobarometer 192
1.2 Teilnehmerate in unternehmerischer Ausbildung	25,30	32,33	2007	Flash Eurobarometer 192
1.3 Unternehmertum als Gelegenheit	59,00	57,48	2007	Flash Eurobarometer 192
1.4 Rate des Unternehmertums: Prozentsatz derer, ein Unternehmen gründeten, das weiterhin aktiv ist oder im Begriff sind eines zu gründen	21,00	23,72	2007	Flash Eurobarometer 192
1.5 Grad, bis zu dem Schulbildung unternehmerische Einstellungen entwickeln half (in %)	51,40	52,77	2007	Flash Eurobarometer 192
1.9 Unternehmensüberlebensrate	k.A.	70,94	k.A.	Eurostat Statistiken der Unternehmensdemographie
1.10 Unternehmensgründungsrate	7,62	10,37	2007	Eurostat Statistiken der Unternehmensdemographie
1.11 Anteil der Unternehmen mit hohem Wachstum (% von Gesamt)	2,41	4,30	2006	Eurostat
1.12 Rate von Unternehmensbesitz: Privatwirtschaft, ausgenommen Landwirtschaft, Jagd, Forstwirtschaft und Fischerei	0,10	0,11	2007	EIM Business and Policy Research
1.13 Gesamtindex der unternehmerischen Tätigkeit	3,77	5,85	2008	Global Entrepreneurship Monitor
1.16 Verhältnis von Unternehmertum aus Gelegenheit zu Unternehmertum aus Notwendigkeit	2,69	6,24	2008	Global Entrepreneurship Monitor
<b>II. ZWEITE CHANCE</b>				
2.1 Unterstützungsgrad zur Gewährung einer zweiten Chance (% dafür)	84,00	79,80	2007	2007 Flash Eurobarometer zum Unternehmertum
2.2 Kosten für eine Geschäftsschließung (in % des Betriebsvermögens)	8,00	10,72	2009	World Bank Doing Business
2.3 Zahl der Jahre für eine Geschäftsschließung	1,20	2,09	2009	World Bank Doing Business



Indikator	Letzter absoluter Wert	EU-Durchschnitt des absoluten Wertes*	Bezugsjahr für Wert	Quelle
<b>III. VORFAHRT FÜR KMU</b>				
3.1 Anteil der Unterstützung bei KMU für geltende Verordnungen	15,00	34,33	2007	Beobachtungsstelle der europäischen KMU
3.2 Benötigte Zeit zur Erfüllung von Verwaltungsaufgaben (in % der KMU-Gesamtarbeitszeit)	7,00	7,48	2007	Beobachtungsstelle der europäischen KMU
3.3 Probleme mit Verwaltungsverordnungen	44,00	32,68	2007	Beobachtungsstelle der europäischen KMU
<b>IV. MITDENKENDE VERWALTUNG</b>				
4.1 Zahl der Tage für eine Geschäftseröffnung	18,00	17,20	2009	World Bank Doing Business
4.2 Kosten für eine Geschäftseröffnung (in % des Pro-Kopf-Einkommens)	5,60	5,21	2009	World Bank Doing Business
4.6 Kosten (in % des Betriebsvermögens) für Grundbucheintragung	5,20	4,54	2009	World Bank Doing Business
4.7 Vertragsdurchsetzung – Kosten (in % der Gesamtforderung)	14,40	19,80	2009	World Bank Doing Business
4.8 E-Government-Verfügbarkeit (Anbieterseite) – E-Government-Verfügbarkeit online	74,00	59,48	2007	Eurostat
4.10 Zahl der Verwaltungsakte für eine Unternehmensgründung	9,00	6,16	2009	World Bank Doing Business
4.14 Zahl der Verwaltungsakte für Grundbucheintragung	4,00	5,16	2009	World Bank Doing Business
4.15 Zahl der Tage für Grundbucheintragung	40,00	61,12	2009	World Bank Doing Business
<b>V. ÖFFENTLICHES AUFTRAGSWESEN UND STAATLICHE BEIHILFEN</b>				
5.1 Anteil von KMU am Wert von öffentlicher Auftragsvergabe	k.A.	k.A.	2005	EG-Bericht
5.2 Anteil an der gesamten staatlichen Beihilfe für KMU	5,00	10,60	2007	Anzeiger für staatliche Beihilfen
<b>VI. FINANZIERUNG</b>				
6.1 Risikokapital für Frühstadium in Bezug auf BIP	0,02	0,02	2007	EVCA
6.2 Risikokapital für Expansionsphase in Bezug auf BIP	0,04	0,08	2007	EVCA
6.3 Ausmaß von Garantien (in Bezug auf BIP)	0,05	0,24	2007	Unternehmensfinanzindex
6.4 Kreditgewährung: Rechtsschutzindex (0-10)	7,00	6,64	2009	World Bank Doing Business
6.5 Kreditgewährung: Tiefe des Kreditinformationsindex (0-6)	6,00	4,52	2009	World Bank Doing Business
6.6 Unterschiede in Zinsniveaus zwischen Krediten bis zu 1 Million EUR und Krediten über 1 Million EUR	0,83	1,00	2009	MFI-Zinsstatistik der EZB
6.9 Durchschnittlicher Zahlungsverzug (Anteil in % von durchschnittlichen Vertragstagen)	15,00	16,41	2009	Intrum Justitia
6.10 Anteil von Zahlungsausfällen (in % von Gesamt)	2,10	2,50	2009	Intrum Justitia
6.11 Anteil von KMU mit Problemen beim Zugang zu Finanzierungen	22,90	21,06	2007	Beobachtungsstelle der europäischen KMU



Indikator	Letzter absoluter Wert	EU-Durchschnitt des absoluten Wertes*	Bezugsjahr für Wert	Quelle
<b>VII. BINNENMARKT</b>				
7.1 Durchschnittliche verspätete Umsetzung für überfällige Richtlinien – in Monaten	9,00	9,86	2008	GD MARKT
7.2 Binnenmarktrichtlinien – umgesetzt oder bekannt gegeben (in %)	99,50	98,96	2008	Binnenmarktanzeiger
7.3 Zahl der seit 2 Jahren überfälligen Richtlinien	1,00	2,28	2008	Binnenmarktanzeiger
7.4 Anteil der innerhalb der EU exportierenden KMU (gemessen an allen KMU)	0,02	0,03	2008	Eurostat external trade pilot
<b>VIII. QUALIFIZIERUNG UND INNOVATION</b>				
8.1 Anteil der Unternehmen (in %), die im letzten Kalenderjahr Einkäufe online tätigten (KMU: zwischen 10 und 250 Beschäftigte)	52,00	23,52	2007	Eurostat Wissenschaft u. Technologie
8.2 Anteil der Unternehmen (in %), die im letzten Kalenderjahr Bestellungen online erhielten (KMU: zwischen 10 und 250 Beschäftigte)	24,00	12,81	2007	Eurostat Wissenschaft u. Technologie
8.3 KMU mit betriebsinternen Innovationen in % der Gesamtanzahl von KMU (10-250 Beschäftigte)	46,30	30,33	2006	EUROSTAT (CIS)
8.4 Unternehmen mit Innovationen in Organisation und/oder Marketing in % der Gesamtanzahl von KMU (10-250 Beschäftigte)	51,21	27,28	2006	EUROSTAT (CIS)
8.5 Innovative KMU, die mit anderen zusammenarbeiten, in % der Gesamtanzahl von KMU (10-250 Beschäftigte)	9,00	11,62	2006	EUROSTAT (CIS)
8.6 KMU mit Innovationstätigkeiten (10-250 Beschäftigte)	61,00	35,59	2006	EUROSTAT (CIS)
8.7 Anteil von KMU mit neuen Produkten oder Erträgen aus neuen Produkten	66,50	63,77	2007	Beobachtungsstelle der europäischen KMU
8.8 Anteil des aus neuen oder erheblich verbesserten Produkten und Dienstleistungen am Gesamtumsatz eines KMU	11,00	12,30	2007	Beobachtungsstelle der europäischen KMU
8.9 Anteil von KMU-Personal mit Hochschulbildung	20,00	30,44	2007	Beobachtungsstelle der europäischen KMU



Indikator	Letzter absoluter Wert	EU-Durchschnitt des absoluten Wertes*	Bezugsjahr für Wert	Quelle
<b>IX. UMWELT</b>				
9.1 Anteil von KMU (in %) mit umfassenden Energieeffizienzsystemen	4,00	4,26	2007	Beobachtungsstelle der europäischen KMU
9.2 Anteil von KMU (in %), die einfache Energiesparmaßnahmen anwenden	24,00	28,44	2007	Beobachtungsstelle der europäischen KMU
<b>X. INTERNATIONALISIERUNG</b>				
10.1 Umsatzanteil aus Export (in % von Gesamt)	3,50	5,58	2006	Beobachtungsstelle der europäischen KMU
10.2 Anteil von KMU mit Erträgen aus Niederlassungen und/oder Beteiligungen im Ausland (in %)	1,80	4,76	2006	Beobachtungsstelle der europäischen KMU
10.4 Für den Export erforderliche Zahl der Tage	7,00	11,25	2009	World Bank Doing Business
10.5 Für den Import benötigte Zahl der Tage	7,00	13,44	2009	World Bank Doing Business
10.6 Anteil der nach außerhalb der EU-27 exportierenden KMU von an allen KMU (in Zahl der Unternehmen)	k.A.	k.A.	k.A.	Eurostat External Trade pilot
10.10 KMU ohne eigenen Importe in den Jahren 2006-2008	14,15	39,17	2008	GD UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE Studie zur Internationalisierung von KMU
10.11 KMU ohne eigenen Direktexporte in den Jahren 2006-2008	19,22	27,13	2008	GD UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE Studie zur Internationalisierung von KMU
10.12 KMU mit Auslandsinvestitionen in den Jahren 2006-2008	2,30	3,68	2008	GD UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE Studie zur Internationalisierung von KMU

Anmerkung: Die o.g. Auswahl von Indikatoren bildet eine Stichprobe der Daten, die zur Konstruktion des Radardiagramms dieses Landes verwendet wurden. Die meisten, aber nicht alle der oben genannten Indikatoren wurden zur Berechnung der Sektionsdurchschnitte verwendet, die im Diagramm herausgestellt werden. Angemerkt sei, dass nicht alle Indikatoren aktuelle jährliche Werte aufweisen.